

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt:

16 Die Freiheit der Motorradfahrer schützen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9805

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die AfD-Fraktion dem Abgeordneten Vogel das Wort.

Nic Peter Vogel^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich muss mich erst einmal outen: Ich bin Wiederholungstäter. Mit 15 hatte ich ein Mofa, mit 16 ein Leichtkraftrad, und mit Anfang 20 hatte ich endlich meine erste 400er, nachdem ich gefühlte 3 Millionen Zeitschriften ausgeteilt hatte.

Es ist eine schöne Erinnerung an die Zeit, als wir uns mit der Clique zusammengefunden haben, um schöne Trips am Wochenende zu machen. Wir sind auf Campingplätzen eingekehrt oder haben uns Zimmer in einem kleinen Hotel gemietet. Es sind Erinnerungen, die ich auf gar keinen Fall jetzt in meinem älteren Leben missen möchte.

Obwohl wir damals allesamt sehr jung waren, sind wir sehr vorausschauend und verantwortungsvoll gefahren, teilweise auch aus Gründen des Selbstschutzes; denn die Knautschzone eines Motorrads kann natürlich nicht mit der eines Pkws konkurrieren. Auch ist es generell so, dass Motorradfahrer, wenn sie hinter dem Steuer eines Pkws sitzen, sehr viel rücksichtsvoller und vorausschauender fahren, jedenfalls die allermeisten; denn es gibt immer irgendwelche Spinner, irgendwelche Egos, die meinen, sie müssten alle Regeln brechen. Sie brauchen ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Sie müssen ein kleines bisschen lauter sein und manipulieren ihre Maschinen oder fahren obertourig durch die Ortschaften, wahrscheinlich sogar zum zehnten Mal, um das perfekte Handybild zu bekommen.

Aber wegen dieser Einzelnen sollen jetzt alle Motorradfahrer leiden. In der Schule lernen die Kinder, was absolut richtig ist: Es gibt keine Sippenhaft, es gibt keine Kollektivstrafen. Und das soll auf einmal im Erwachsenenleben nicht mehr gelten? Diese Art von Typus, die ich gerade eben beschrieben habe, begegnet uns leider überall im Leben. Wenn sie hinter dem Steuer eines Pkws sitzen, lassen sie die Reifen quietschen, den Motor aufheulen und fahren viel zu schnell an. Wenn sie auf dem Fahrrad sitzen, brechen sie jede Verkehrsregel und fahren mit überhöhter Geschwindigkeit auf den Fußwegen. Zu beschreiben, was ich bei E-Rollerfahrern die letzten Monate

gesehen habe, würde meine Redezeit etwas strapazieren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

So ist das Ganze nun mal. Ich stelle mir, Ihnen und jedem Befürworter des Motorradfahrverbots an den Wochenenden einfach mal ein paar Fragen. Handelt es sich hier nicht um eine einseitige Diskriminierung eines Verkehrsteilnehmers? Sind Motorradfahrer keine Steuerzahler? Wie ist es mit dem Wertverlust, obwohl die Kisten doch eigentlich nach EU-Recht ordnungsgemäß zugelassen wurden? Wie sieht es mit dem Tourismus aus? Ich denke daran, dass man sich ein Zimmer in einem kleinen Hotel mietet oder auf dem Campingplatz verkehrt, zu Mittag isst oder abends noch mal einen trinkt? Die örtlichen Tankstellenpächter freuen sich. Es ist ein enormer Wirtschaftsfaktor.

Man sollte auch einmal daran denken, dass die meisten im Arbeitsleben stehen und hart gespart haben, um ihre Traumkiste zu bekommen. Die können natürlich nur am Wochenende oder an den Feiertagen fahren. Es gibt auch Leute in ländlichen Gegenden, in denen bescheidenste ÖPNV-Verbindungen vorhanden sind, die nur ein Motorrad zur Verfügung haben. Wenn sie am Sonntag mal die Oma drei, vier Dörfer weiter besuchen wollen, dann müssen sie wahrscheinlich trampen.

Es gibt eine Diskrepanz zwischen Meinung und Ahnung, die ein bisschen erstaunlich ist. Tirol hat es vorgemacht: 95 Dezibel Standgeräusch. Wir Deutschen sind ja immer ein bisschen gründlicher, ein bisschen krasser. Deshalb haben wir gesagt: 80 Dezibel. Das ist weltfremd. Nach dieser Logik dürften noch nicht mal mehr Polizeimotorräder fahren. Die haben nämlich ein Standgeräusch von 93 Dezibel.

Apropos Polizei: Man hat heute schon die Möglichkeit, diese Rowdys aus dem Verkehr zu ziehen. So eine Dezibelmessung ist überhaupt kein Hexenwerk. Das mache ich mit einem Blick in die Papiere, und für 30, 40 Euro können Sie sich so ein Gerät holen und das Ganze messen. Sie schaffen es sogar mit der entsprechenden Handy-App, das herauszukriegen. Man kann diese Leute aus dem Verkehr ziehen. Auch die Motorradvereine haben eigentlich gar keine Böcke auf diese Egos.

Wir sind statt für Verbote für die gute alte demokratische Sitte, in den Dialog zu treten. Hier ist unsere Landesregierung, das Verkehrsministerium, endlich einmal aufgefordert, einen großen runden Tisch zusammenzustellen, an dem alle Beteiligten zu Wort kommen, nämlich die Anwohnerinitiativen, die Motorradclubs, die Hersteller, die Polizei und die Politik. Wir werden Lösungen finden. Man kann beispielsweise auch mit einfachen Instrumenten, verstärkten Kontrollen zu den Prime Times oder an neuralgischen Punkten, an denen die Anwohner wirklich genervt sind, auch mal mit einer Geschwindigkeits-

begrenzung agieren. Das wäre eine gute Sache: Dialog statt Verbot.

Abschließend gestatten Sie mir bitte noch eine Frage. Wir hier in Deutschland erteilen immer mehr Verbote. Wann ist es eigentlich das letzte Mal so gewesen, dass etwas ehemals Verbotenes wieder erlaubt wurde? – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Vogel. Vielen Dank. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Vossemer das Wort.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wieder einmal Zeit für ein Zitat von Konfuzius:

„Maß und Mitte sind der Höhepunkt menschlicher Naturanlage.“

Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, während Ihrer kleinen Auszeit von der AfD haben Sie offensichtlich verpasst, dass wir uns über Ihr Thema, zu dem Sie hier gerade eloquent vorgetragen haben, bereits im März dieses Jahres inhaltlich erschöpfend ausgetauscht haben. Wir alle wissen: Für die einen gehören sie zum Fahrgefühl dazu, für die anderen ist es einfach nur Krach. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rede von Motorradgeräuschen.

Die CDU-Landtagsfraktion versteht die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger in der Eifel, dem Sauerland und dem Oberbergischen Kreis.

(Beifall von der CDU)

Die Motorradfahrer sind am Wochenende bei schönem Wetter unterwegs, genau in der Zeit, in der andere Menschen die Natur genießen, im Garten sitzen und in Ruhe Kraft tanken wollen. Für Biker bedeutet Motorradfahren Freiheit und Fahrspaß. Das wollen wir niemandem nehmen.

Um nichts anderes ging es in unserem Antrag im März dieses Jahres. Darin wurden seinerzeit die erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitungen und extra laut getunte Motorräder thematisiert. Diese bedeuten für die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger eine massive Lärmbelästigung. Insoweit haben wir uns auf Bundesebene für strengere Lärmemissionswerte bei Motorrädern und Strafen bei Fahrzeugmanipulationen eingesetzt und die Initiative „Silent Rider“ zur Sensibilisierung der Motorradfahrer für eine angemessene Fahrweise unterstützt.

Darüber hinaus haben wir Haushaltsmittel zur Verbesserung der Messverfahren sowie polizeiliche Schwerpunktkontrollen in den von Motorradlärm besonders betroffenen Regionen gefordert.

Überhöhte Geräuschemissionen durch Krafträder werden meist durch Manipulationen verursacht. Dem kann man nur mit verstärkten Kontrollen begegnen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen legt bei der Verkehrssicherheitsarbeit einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung ordnungswidriger technischer Veränderungen an Motorrädern.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich im Rahmen der Umwelt- und Verkehrsministerkonferenz wiederholt für Verbesserungen des Schutzes vor Motorradlärm eingesetzt. Auf Bundesebene muss dafür die Straßenverkehrsordnung angepasst werden. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Landesregierung diesen Ball aufgenommen und eine Entschließung des Bundesrates zur wirksamen Minderung und Kontrolle von Motorradlärm auf den Weg gebracht hat.

Nur ein gemeinsames Vorgehen der Länder in Richtung Bund kann zukünftig dazu führen, dass Fahrzeuge nicht nur bei Typprüfung, sondern auch im normalen Fahrgeschehen leiser werden.

Niemand will vorschreiben, wer wie wann und wo seinen Weg zurückgelegt. Unser Ziel ist, die Interessen der Biker und Anlieger in einen fairen Ausgleich zu bringen. Wie gesagt: Wir brauchen dabei Maß und Mitte.

(Beifall von der CDU)

Der Bundesrat hat nun beschlossen, den Lärm zu bekämpfen – aber nicht das Motorradfahren, wie der vorliegende Antrag der AfD suggeriert. So soll etwa Tuning verboten werden, das nur dazu dient, die Lautstärke zu erhöhen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Fahrverbote brauchen wir nicht, weil wir damit auch die vernünftigen Fahrer bestrafen würden.

Liebe Kollegen von der AfD, Ihr Antrag ist reiner Populismus. Sie werfen hier irgendwelche Vorwürfe in den Raum, die weder Hand noch Fuß haben. Schon im März zeichnete sich dieser Unsinn ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, damals haben Sie als einzige Fraktion gegen unseren Antrag gestimmt, der auf die Interessenwahrnehmung von Anwohnern und Motorradfahrern zielte.

Ihnen ging es dabei nicht um die Interessen der Motorradfahrer, sondern ausschließlich um das Verfahren. Die damalige Debatte hat gezeigt, dass es nicht um eine Pauschalverurteilung von Motorradfahrern, sondern lediglich um die schwarzen Schafe geht – ein paar wenige, die zu einem negativen Bild beitragen.

Der Antrag heute versucht, das ganz große Rad Ihrer eigenen Geschichtserzählung zu drehen und Sie vermeintlich mit einer Interessengruppe zu verbünden. Wir sehen es stattdessen als Erfolg an, dass die

nordrhein-westfälische Bundesratsinitiative ein so großes Echo ausgelöst hat.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

In Ihrem Antrag fordern Sie die Landesregierung auf, sie möge sich zum Schutz der Freiheit von Motorradfahrern gegen die Einführung eines zeitlichen Fahrverbotes für Motorräder an Sonn- und Feiertagen aussprechen sowie die vorhandene Gesetzeslage auf ihre Umsetzung, den behördlichen Aufwand und die entstehenden Kosten hin überprüfen lassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Änderungen im Bundesrat durch Baden-Württemberg erinnern. Unsere Forderung war und ist das nicht.

Ich erwähnte es bereits eingangs: Uns geht es um die schwarzen Schafe. Unsere Arbeit zeigt, dass bereits deutliche Erfolge erzielt werden können, worauf man stolz sein kann.

Zum Schluss noch ein Beispiel: Am langen Fronleichnamswochenende wurden bei einer groß angelegten Kontrollaktion im Kreis Euskirchen insgesamt 344 Verkehrssünder erwischt – rund 100 davon waren Motorradfahrer. Nicht nur das Tempo, auch die Auspuffanlagen wurden kontrolliert. Zwei Motorräder aus den Niederlanden waren so laut, dass das Dezibelmessgerät an seine Grenzen gestoßen ist.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das Ergebnis war demzufolge: deutlich über 115 dB.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Trauriger Spitzenreiter bei der Tempomessung war ein 52-jähriger Motorradfahrer. Er wurde bei erlaubten 100 km/h mit 203 km/h auf der Tachonadel geblitzt.

Das ist Ziel und Zweck unseres Antrags aus dem März dieses Jahres gewesen – nichts anderes.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Klaus Vossemer (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD, Ihren Antrag lehnen wir ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Vossemer. – Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Dudas für die Fraktion der SPD das Wort.

Gordan Dudas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Vor gerade einmal drei Monaten haben wir hier schon einmal über die grundlegende

Problematik des Motorradlärms – verursacht durch einige wenige Unbelehrbare – diskutiert.

Bereits damals habe ich die Situation beschrieben, die ich aus meinem Heimatwahlkreis sehr gut kenne: An bestimmten Streckenabschnitten sorgen gerade in den warmen Monaten einige wenige Personen mit ihren Höllenmaschinen dafür, dass Anwohner durch Motorradlärm massiv gestört werden. Sie ignorieren die Verkehrsregeln und gefährden dabei andere Menschen.

Weil das Thema schon vor drei Monaten nicht neu war, ist die in dem Antrag enthaltene Argumentation, dass man beim letzten Mal nicht genug Zeit für eine Meinungsbildung gehabt habe, überhaupt nicht nachvollziehbar.

Dass mit dem vorliegenden Antrag der untaugliche Versuch unternommen wird, sich an eine gesellschaftliche Gruppe anzubiedern, ist nicht neu, offensichtlich und ziemlich plump.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

Darauf weiter einzugehen, lohnt sich daher zu dieser späten Stunde nicht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Vielmehr geht es darum, die Ärgernisse zu begrenzen.

Das Fatale ist doch, dass – verursacht durch eine Minderheit – Konflikte entstehen, die auch die überwiegende Zahl der verantwortungsbewussten Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer betrifft, die einfach nur ihrem Hobby nachgehen wollen. Die Trennlinie liegt eben nicht zwischen den Anwohnern auf der einen und Motorradfahrern auf der anderen Seite. Vielmehr verläuft sie – genau wie in der Politik – zwischen den vielen Anständigen, die sich regelkonform verhalten und den wenigen schwarzen Schafen, die andauernd für Unruhe sorgen.

Ein Austausch mit dem Bundesverband der Motorradfahrer ist ein jederzeit sinnvoller, aber auch notwendiger Schritt, um Verständnis füreinander zu schaffen. Erst kürzlich hat der Bundesverband noch einmal seine verantwortliche Rolle bekräftigt, indem er die Hersteller aufgefordert hat, künftig Motorräder zu produzieren, die im Fahrbetrieb sozialverträglich leise sind.

Es bleibt dabei: Die schwarzen, aber auch die braunen Schafe dürfen das gute Miteinander von Anwohnern, Touristen und Motorradfahrern nicht weiter belasten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Neben von allen Seiten getragenen Initiativen wie Silent Rider und den damit verbundenen Forderungen, Verbesserungen zu erreichen, hat sich auch die Politik, flankiert von sinnvollen Maßnahmen und

Anpassungen der rechtlichen Möglichkeiten, längst auf den Weg gemacht, um Lösungen zu finden. Gleichmaßen hat auch die Motorradlobby Lösungswege aufgezeigt. Diesen Weg der Diskussion gilt es daher weiter fortzusetzen. Was wir hingegen nicht brauchen, sind pseudowissenschaftliche Spaltpilze wie den vorliegenden Antrag. – Ich danke Ihnen zu dieser späten Stunde und bei diesem Antrag für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dudas. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Middeldorf das Wort.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am 12. März dieses Jahres haben wir in diesem Hause mit breiter Mehrheit einen Antrag von CDU und FDP zum Umgang mit Motorradlärm beschlossen. Dieser Antrag stellt das verantwortungsvolle Miteinander von Anwohnerinnen und Anwohnern auf der einen Seite und von Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern auf der anderen Seite in den Mittelpunkt.

So wie die Mobilitätsbedürfnisse und die Freude am Fahren zu ihrem Recht kommen sollen, gibt es aufseiten der von Motorradlärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf Ruhe und Erholung. Beide Interessen müssen in Einklang gebracht werden. Das war und ist der Geist unseres Antrags, und diese Zielsetzung ist nach wie vor richtig.

(Beifall von der FDP)

Wenn Motorradfahrer attraktive Strecken für Ausflüge nutzen und die landschaftlichen Reize in unserem Land genießen, ist dagegen überhaupt nichts zu sagen, zumal sich die allermeisten Motorradfahrer dabei vorschriftsgemäß und besonnen verhalten. Manipulationen an Motorrädern und unverantwortliche Fahrstile hingegen sind nicht hinnehmbar. Sie stellen für die Menschen in den betroffenen Regionen eine erhebliche Belastung dar.

Die nordrhein-westfälische Initiative richtet sich gezielt gegen die schwarzen Schafe, die für diese übermäßige Lärmbelastung verantwortlich sind. Statt auf generelle Verbote und Pauschalkritik setzen wir auf Schwerpunktkontrollen in betroffenen Gebieten und zu Zeiten mit Belastungsspitzen. Dafür wollen wir die technische und personelle Ausstattung der Polizei stärken. Es geht vor allem darum, die geltenden Regeln und Regulierungen konsequent zu vollziehen.

(Beifall von der FDP)

Teil dieses Ansatzes ist es auch, für eine Sensibilisierung in der Motorradszene selbst zu sorgen, etwa durch Aufklärungskampagnen oder durch Streckenpatenschaften. Zahlreiche Motorradclubs in meiner Heimatregion, etwa die Motorradfreunde Sauerland, haben sich dieses Themas bereits angenommen und arbeiten mit der Polizei und der Bevölkerung auf das Engste zusammen.

Ich bin überzeugt, dass wir nur dann die erforderliche Breitenwirkung bei der Bewältigung des Problems erreichen werden, wenn wir mit den Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern einen gemeinsamen Weg suchen. Vermittlung und Verständnis sind also das Gebot der Stunde. Was wir derzeit erleben, ist aber leider genau das Gegenteil, nämlich eine geradezu schädliche Polarisierung der Debatte, die uns keinen Schritt weiterbringt. Ich muss es leider so deutlich sagen: Der Beschluss des Bundesrats leistet für den dringend erforderlichen Interessenausgleich keinen Beitrag.

(Beifall von der FDP und Klaus Voussem [CDU])

Auf Initiative des baden-württembergischen Verkehrsministers Winfried Hermann von den Grünen hat der Verkehrsausschuss des Bundesrats eine ganze Reihe von Einzelbeschlüssen gefasst, die am Ende in die Bundesratsentscheidung eingeflossen sind. Darunter sind die besonders intensiv diskutierten Forderungen nach generellen Geschwindigkeitsbeschränkungen, Wochenendfahrverboten, der Einführung der Halterhaftung oder dem verpflichtenden Führen eines Fahrtenbuchs. Statt auf einen Interessenausgleich setzt der Beschluss damit auf eine pauschale und undifferenzierte Verunglimpfung aller Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer. Eine solch einseitige Sichtweise ist nicht nur unangemessen, sie bringt uns auch einer gemeinsamen Lösung nicht näher.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Landtagsfraktion hält diese Maßnahmen daher für falsch.

Wenn die AfD jetzt umgekehrt mit ihrem Antrag den Titel „Die Freiheit der Motorradfahrer schützen“ verbindet, trägt das nichts, aber auch gar nichts zum angestrebten Interessenausgleich bei. Im Gegenteil: Wer versucht, die aufgeheizte Stimmung für parteipolitische Geländegewinne zu missbrauchen, geht mit diesem Thema in unverantwortlicher Weise um. Es ist ein Vorstoß nach altbewährtem Muster: Statt Lösungen anzubieten, gießt die AfD noch Öl ins Feuer.

(Beifall von der FDP – Lachen und Kopfschütteln von Nic Peter Vogel [AfD])

Noch einmal: Der nordrhein-westfälische Weg, dem dieses Haus mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der AfD zugestimmt hat, ist ein anderer. Wir wollen

kein Gegeneinander, sondern wir wollen die Interessen von lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürgern mit denen der Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer in Einklang bringen. Den AfD-Antrag lehnen wir daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, Klaus Vossemer [CDU] und Katharina Gebauer [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Middeldorf. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Klocke das Wort.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr – Sie haben mich ja heute schon zu mehreren anderen Themen gehört –: Wir haben es kurz vor 22 Uhr, und die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen haben das Zentrale schon gesagt.

Mit Blick auf die Plenarwochen, die nach der Sommerpause anstehen, können wir rätseln, was dann von der AfD für Anträge kommen werden. Zuletzt haben wir über das Thema „Diesel“ diskutiert. Davor hatten wir die Elektromobilität. Jetzt ist es die Freiheit der Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer, die angeblich hochgehalten wird.

Sie bedienen also immer irgendwelche Gruppen, von denen Sie glauben, da könnten Sie anschlussfähig sein. Ich glaube, dass die allermeisten Motorradfahrer in diesem Land die Botschaft einer solchen Beschlussfassung sehr gut verstehen. Es geht natürlich darum, dass man Spaß beim Unterwegssein haben kann und tolle Maschinen ausfahren soll, aber natürlich geht es auch um Sicherheit und Lärmschutz.

Ich komme aus Ostwestfalen, aus dem Kreis Herford, angrenzend an den Kreis Lippe, wo es gang und gäbe ist, dass im Frühjahr die Maschinen herausgeholt und diese auf den Strecken ausgefahren werden. Natürlich muss es – genau das haben Herr Kollege Vossemer und Kollege Middeldorf angesprochen – einen vernünftigen Ausgleich geben zwischen dem Spaß am Motorradfahren und dem notwendigen Lärmschutz und auch dem Schutz vor schlimmen Unfällen. Viele Menschen verletzen sich schwer und kommen beim Motorradfahren ums Leben. Diese Debatte wird schon seit vielen Jahren geführt.

Wir haben hier im Landtag eine klare Beschlusslage. Es gibt auch eine klare Beschlusslage des Bundesrats, die wir von grüner Seite klar unterstützen können. Es gibt viele Städte, Gemeinden und Landkreise, die in der Initiative Silent Rider zusammengeschlossen sind, wo es darum geht, gerade im Dialog mit den Motorradvereinen, mit den Biker-Initiativen darauf hinzuwirken, dass man die Freude am Fahren, den Fahrspaß mit Rücksicht auf die Mitmen-

schen, mit Lärmschutz und mit dem Schutz vor schweren Unfällen verbindet.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Da gibt es eine große Gemeinsamkeit, breit durch die Szene der Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer. Dafür gibt es viel Bewusstsein.

Sie versuchen nun mit diesem Antrag, in dieser Gruppe anschlussfähig zu werden, indem Sie suggerieren, wenn Ihrer Linie gefolgt werde, dann gebe es wieder freie Fahrt für freie Bürger. Sie versuchen das in jeder Woche. Wahrscheinlich kommt als nächstes ein Antrag zum Tempolimit, zur Abschaffung jeglicher Tempolimits oder was auch immer, damit wir wieder überall rasen können. Ich bin sehr gespannt, Herr Vogel, was Sie uns als nächstes vorlegen.

Das ist die Haltung: Alles ist egal, Hauptsache ich kann in dieser Gesellschaft machen, was ich will. Dem muss klar ein Stoppschild entgegengehalten werden. Bei aller Unterstützung des Fahrspaß – das ist ganz wichtig – geht es aber auch um andere Fragen. Die sind hier mehrfach thematisiert worden.

Wir werden Ihren Antrag auf jeden Fall ablehnen. Dafür gibt es viele gute Gründe. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klocke. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in unserem Land viele schöne Regionen: Eifel, Sauerland, Münsterland. Auf bergigen Strecken am Niederrhein, im Münsterland, an Rhein und Ruhr und an vielen anderen Stellen lohnt es sich, unser Land nicht nur zu besuchen, sondern auch zu durchfahren. Diese Freiheit wollen wir den Biker überhaupt nicht nehmen, und den Spaß am Motorradfahren auch nicht.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn der Fahrspaß erst dann anfängt, wenn es besonders laut ist, dann hört der Spaß für die Anwohnerinnen und Anwohner auf. Immanuel Kant hat einmal gesagt:

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“

Dies ist dann der Fall, wenn Anwohner entlang hochfrequenzierter Strecken von lauten Motorradgeräuschen belästigt werden.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen bei dem Thema eine neues, faires Miteinander. Es kann nicht sein, dass jemand an einem

sonnigen Tag am Wochenende oder in der Woche auf seinem Balkon, im Garten oder auf der Terrasse sein eigenes Wort nicht mehr versteht, weil ständig getunte Motorräder an seinem Haus, an seiner Wohnung vorbeirauschen. Es geht uns nicht darum, zu stigmatisieren, alle Motorradfahrer über einen Kamm zu scheren, und wir wollen auch keine Verbote. Weil einige zu laut sind, darf man nicht für alle die Straßen sperren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Aber wir wollen vermeidbaren Motorradlärm wirksam reduzieren, und da müssen wir jetzt in der Sache vorankommen. Es kann nicht sein, dass beispielsweise ein Motorrad nur bei der Typprüfung, also bei der Zulassung eines neuen Gerätes, die vorgeschriebenen Lärmgrenzwerte einhalten muss, und dann wird am Ende munter daran herumgeschraubt, und das war es. Deswegen haben wir uns als Landesregierung auf den Beschluss dieses Parlamentes hin dafür eingesetzt, dass Grenzwerte auch im Fahrbetrieb einzuhalten sind. Man kann am Ende immer über die Zahlen diskutieren. Der Bundesrat hat kein Gesetz beschlossen, sondern an die Bundesregierung appelliert und ein Signal gesetzt.

Wir unterstützen die Initiativen wie Silent Rider, denen sich auch viele Kommunen und Kreise angeschlossen haben, weil viel zu lange nichts passiert ist. Das ist der Appell, das ist das große Thema dieser Bundesratsinitiative.

Wir glauben eben nicht, dass es auf freiwilliger Basis so weitergeht. Nur eine rechtlich gesicherte Basis versetzt die Polizei in die Lage, manipulierte Motorräder sofort aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei reicht es nicht, am Ende immer nur darauf zu verweisen, dass die es könnten. Es reicht gerichtsverwertbar eben nicht aus, mit einer App irgendetwas zu messen. Jeder, der so etwas hier vorträgt, will entweder die Menschen für dumm verkaufen oder hat sich selber nicht sonderlich kundig gemacht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Kontrollen im fließenden Verkehr sind wichtig. Dazu wollen wir besseres Gerät für die Polizei, und wir wollen sie auch rechtlich stärken. Deshalb ist unsere Bundesratsinitiative ein klares politisches Signal für ein besseres Miteinander und dafür, dass wir dieses Thema nicht länger liegen lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung, da die antragstellende Fraktion der AfD direkte Abstimmung beantragt hat. Ich frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/9805 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es jemanden im Saal, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass mit dem bekanntgegebenen Abstimmungsverhalten der **Antrag Drucksache 17/9805 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir bei:

17 Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7367

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/9846

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifftiergesetz – GiftTierG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8297

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/9845

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/9915

Ich rufe für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Winkelmann auf. Sie hat jetzt das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da geht man nichtsahnend durch das Treppenhaus eines Mehrfamilienhauses im Ruhrgebiet und entdeckt plötzlich eine 1,60 m lange Giftschlange – eine Situation, die wahrscheinlich niemand so erleben